

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint Mittags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.
Schriftleitung: u. Geschäftsstelle Dresden-K. 1, G. Zwingerstr. 16. Ruf 14574 u. 21295.
Postfach-Konto Dresden 2486 / Staatsbank-Konto 674.

Anzeigenpreise: 32 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 35 Pf.,
66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Reklamezeile 1 RM.
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellengesuche.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungsliste der Staatsschuldverwaltung, Holzpflanzen-Verkaufsliste der Staatsschuldverwaltung.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberregierungsrat Hans Bied in Dresden.

Nr. 21

Dresden, Dienstag, 26. Januar

1932

Aus dem Bericht des Stillhalteauschusses.

Berlin, 25. Januar.
Der gleichzeitig mit dem Stillhalteabkommen veröffentlichte Bericht des Ausschusses der ausländischen Gläubiger enthält außer den bereits veröffentlichten tatsächlichen Angaben eine Reihe bemerkenswerter Feststellungen, die eine volle Befestigung des von deutscher Seite in der gesamten Schuldentage eingenommenen Standpunktes bedeuten. Wiederholt wird das Verhältnis der privaten Verschuldung zu den Reparationen und zur deutschen Ausfuhr erörtert. Das Stillhalteabkommen, so heißt es in dem Abschnitt 5 des Berichtes, hat mit den deutschen Regierungsschulden unmittelbar nichts zu tun. Es bezieht sich auf die kurzfristige Verschuldung der deutschen Banken und Geschäftsunternehmen gegenüber den ausländischen Banken. Diese kurzfristigen Schulden stellen Gelder dar, die für geschäftliche Zwecke benutzt und im allgemeinen richtig und zweckmäßig verwendet wurden. Die Höhe kurzfristiger Rückzahlungen wird von der Transferfähigkeit der Reichsbank abhängig, die ihrerseits weitgehend von der Entwicklung der deutschen Exportlage abhängig ist. Statt eines festen Rückzahlungsplanes erschien es zweckmäßig, die künftige Feststellung dessen, was zurückgezahlt werden kann, einem Beitritt der Gläubiger zu überlassen, der sich von Zeit zu Zeit mit den deutschen Behörden ins Benehmen legt. Der auf Grund der so gewonnenen Informationen aufzustellende Zahlungsplan wird sowohl die Interessen der Reichsbank als auch diejenigen der Stillhaltegläubiger wahren. Diese Zurückhaltung seitens der Stillhaltegläubiger zum Zwecke der Festlegung der Lage Deutschlands ist jedoch voraus, daß die deutschen Mittel nicht verschleudert werden, um andere Fortbewegungen außerhalb des Stillhalteabkommens zu betreiben.

Abchnitt 8 des Berichtes spricht ausführlich von der Notwendigkeit, die Kreditgrundlagen wiederherzustellen. Diese Wiederherstellung sei von überragender Wichtigkeit. Es liegt auf der Hand, so führt der Bericht aus, daß eine Regelung der internationalen Zahlungen Deutschlands, die jetzt den Gegenstand von Erörterungen der Regierungen bilden, ein ausschlaggebender Faktor in diesem Problem ist. Das gleiche gilt von den interalliierten Schulden, die mit den Reparationen in innigem Zusammenhang stehen. Aber diese Fragen können, obwohl sie den privaten Kredit fast berühren, nicht von Bankiers gelöst werden. Der Ausschuss kann nur wiederholen, daß er sich alle Ausführungen der beiden Vasalen Ausschüsse über diese Fragen zu eigen macht.
Der Bericht erörtert in unmittelbarem Anschluß hieran: Zum Schluß möchte der Ausschuss darauf hinweisen, daß das gesamte internationale Kreditgebäude im wesentlichen auf einer angemessenen Wärbewegung von Land zu Land beruht. Deutschland kann Zahlungen nach außen nur leisten,

wenn es einen Exportüberschuss an Waren erzielt. Die Entwicklung der letzten Monate hat diesen Zusammenhang mit voller Deutlichkeit bloßgelegt. Große periodische Zahlungen können nicht in Gold geleistet werden. Für diesen anomalen Gebrauch ist nicht genug Gold da. Unter normalen internationalen Finanzverhältnissen wird Gold nur zur Begleichung möglicher Überschüsse verwendet. Deutschland ist in der Goldzahlung schon so weit gegangen, als seine Gläubiger nur verlangen können. Internationale Zahlungen können durch Gelddruck bei einem neuen Gläubiger zur Befriedigung eines alten geleistet werden, vorausgesetzt, daß sich ein neuer Gläubiger findet. Deutschland kann jetzt keine neuen Gläubiger finden. Es hat sich entschlossen und zurecht, die letzten Möglichkeiten auszunutzen, der normalen vernünftigen Methode der Zahlung in Waren und Dienstleistungen, und es hat in den letzten Monaten einen beträchtlichen Exportüberschuss erzielt. Seine Exporteigenschaften sind jedoch neuerdings dadurch eingeschränkt worden, daß mehrere Länder die Goldwährung aufgegeben haben. Die Ausfuhr nach einigen Ländern ist durch Valutarestriktionen fast eingeschränkt. Außerdem werden die Zollmauern immer höher. Die Nationen der Welt kämpfen einzeln um einen unverhältnismäßigen Anteil am schrumpfenden Weltmarkt. Bei anderer Politik könnten sie sich in einen wachsenden Weltmarkt teilen.

Der Schluß des Berichtes lautet wörtlich: In dem vorliegenden Abkommen haben die kurzfristigen Gläubiger alles getan, was möglich ist, um sicherzustellen, daß die nächsten zwölf Monate Deutschland eine Zeit der Gesunderung bringen. Der Ausschuss hat unter dem starken Eindruck der sehr großen Anstrengungen und Opfer, die die deutsche Regierung und das deutsche Volk sich auferlegen, um ihre Stellung inmitten so beispielloser Schwierigkeiten zu halten. Die deutsche Wirtschaft birgt in sich ungeheure Regenerationskräfte, die in die Erscheinung treten werden, wenn günstiger Bedingungen in der Welt eintreten. Es ist deshalb ein Gebot der Notwendigkeit, daß die Hemmnisse einer solchen Entwicklung aus dem Wege geräumt werden. Sie wird nicht einsehen ohne positives Handeln der Regierungen und Völker in der Sphäre internationaler Zusammenarbeit, und wie beide Vasaler Ausschüsse hervorgehoben haben, darf keine Zeit verloren werden. Die gegenwärtige scharfe Krise muß allen Völkern der Welt die Tatsache nahebringen, daß alle Länder zusammen arm werden. Das Gegenteil ist in einem tieferen Sinne richtig. Alle Länder werden zusammen reich. Die Erleichterung der Lasten und eine größere Handelsfreiheit wird nicht nur ein Land, sondern alle bereichern.

Die Sozialistische Internationale zu den Fragen: Kriegsschulden, Reparationen, Abrüstung.

Köln, 25. Januar.
Unter dem Vorsitz von Vanderveelde tagte gestern und heute das Büro der Sozialistischen Arbeiterinternationale. An der Tagung nahmen teil aus Deutschland Breitscheid, Hilferding und Wels. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der Eindämmung der Kollisions- und Schaffung behändiger Währungsgefordert wird. Weiter heißt es: "Weder dürfen internationale Verträge einseitig zerissen noch darf zur Erfüllung Druck oder Gewalt angewandt werden."
Die Frage der Abrüstung, der Reparationen und der Kriegsschulden, deren Streichung die Sozialistische Arbeiterinternationale stets verlangte, sind finanziell und politisch zu eng verknüpft, als daß eine endgültige Regelung ohne Gesamtlösung möglich wäre. Die der Sozialistischen Arbeiterinternationale angehörenden sozialistischen Parteien Europas mühten daher, wie bisher, Druck auf die Regie-

rungen und Parlamente ausüben, damit sich die europäischen Staaten über einen Plan zum Wiederaufbau der Wirtschaft, aber die Eindämmung des Protektionismus und über das Zusammenwirken zur dauernden Stabilisierung ihrer Währungen verständigen und die Annullierung der Kriegsschulden erlangen. Solche Lösungen werden nur dann erreichbar sein, wenn es den sozialistischen Parteien gelingt, bei den bevorstehenden Wahlen den Nationalismus in Deutschland und Frankreich zu schlagen. Die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich im Umvernehmen mit Großbritannien bleibt die wichtigste Voraussetzung der Überwindung der schwersten Hindernisse der Wiederherstellung der Weltwirtschaft.

Entscheidung im Verjahen gegen G. Carl Lohsen. In der Voruntersuchung gegen die Brüder Lohsen begann am Montag vormittags in Bremen die für mehrere Tage vorgesehene Verhandlung über die Entlassung von G. Carl Lohsen. Ein Antrag der Presse auf Zulassung wurde mit der Begründung abgelehnt, daß die Verhandlung ein Teil der Voruntersuchung ist.

Die Preisentung.

Für Möbel unnötig.

Berlin, 23. Januar.
Bei den Verhandlungen des Reichskommissars für Preisüberwachung mit der Vereinigung der Engros-Möbelhersteller Deutschlands e. V. wurde festgestellt, daß die Preisbildung für Möbel aller Art völlig frei ist, und daß Preisentungen im Laufe des letzten Jahres eingetreten sind, die über die Sätze hinausgehen, die in der Notverordnung für preisgebundene Waren vorgeschrieben wurden.

Konsumentenlisten für Emaillegeschirr.

Berlin, 23. Januar.
Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat festgestellt, daß nach Auflösung der Preisbindungen in der Emaillewareindustrie die Preise unter dem Druck des Konkurrenzkampfes dauernd gesunken sind. Um zu erreichen, daß die von der Emaillewareindustrie in der letzten Zeit durchgeführte Preisentung den Konsumenten zugute kommt, wird die für die Emaillegeschirre bestehende Preiskontrollliste zurückgezogen und stattdessen eine Konsumentenliste mit verminderten Preisen herausgegeben. Die Listen werden in allen einschlägigen Geschäften zur Auslage kommen.

Die Preise für Fahrräder und Nähmaschinen.

Berlin, 23. Januar.
Die Richtpreise für Fahrräder sind Anfang Januar 1932 aufgehoben worden. Die effektiven Preise liegen jetzt unter den auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 bereits um 10 Proz. gesenkten Listenpreisen.
Für Nähmaschinen bestehen die Richtpreise weiter. Es haben entsprechend den Bestimmungen der Notverordnung eine Senkung um 10 Proz. erfahren. In weiteren Verhandlungen mit dem Nähmaschinenhandel wird geprüft werden, ob die Preisermäßigungen, die an den Einkaufspreisen des Handels vorgenommen worden sind, von diesem an die Konsumenten weiterzugeben sind.

Verhandlungen mit der Metallwarenindustrie.

Berlin, 23. Januar.
Am Donnerstag den 21. Januar d. J. haben zwischen dem Reichskommissar für Preisüberwachung und dem Reichsbund der deutschen Metallwaren-

Der Eindruck des neuen Stillhalteabkommens.

Berlin, 25. Januar.
In hiesigen politischen Kreisen werden das am Sonnabend abgeschlossene deutsche Kreditabkommen 1932 und der Begleitbericht als eine Verkräftigung der von Deutschland in der ganzen Schuldentage immer wieder zum Ausdruck gebrachten Meinung bezeichnet. Das Abkommen sowohl wie der Begleitbericht sind in einem Ton so vollkommener Sachlichkeit gehalten, wie er nicht besser erwartet werden konnte.

Inbesondere enthält der Begleitbericht außerordentlich wertvolle Argumente für Deutschland. Genau so wie alle früheren Sachverständigenurteile insbesondere der Vasaler Bericht und wie der Wiggins-Bericht, bedeuten die neuen Äußerungen der Sachverständigen eine ernste Mahnung an die Regierungen, zu handeln, und zwar schnell zu handeln. Es wird anerkannt, daß die deutsche Besteuerung nicht mehr erhöht werden kann. Stärker noch als in den früheren Berichten kommt zum Ausdruck, daß Deutschland nur durch Ausfuhr bezahlen kann. In diesem Sinne geht das neue Gutachten insofern über die früheren hinaus, als ausdrücklich festgestellt wird, daß Deutschland die ihm zur Verfügung gestellten Kredite im ganzen richtig und zweckmäßig verwendet hat. Durch diese Feststellung werden die Argumente, die Deutschland gegen die von Frankreich immer wieder erhobenen gegenteiligen Anschuldigungen vorgebracht hat, in weitaus höherer Weise unterstutzt. Wenn sogar die Kreditgeber bekräftigen, daß Deutschland die ihm gewährten Kredite nicht verschleudert hat, so werden dadurch alle Vorwürfe gegenstandslos.

Aus dem Inhalt des Abkommens selbst ist be-

sonders bemerkenswert der Absatz über das Kündigungrecht, in dem ausdrücklich festgestellt wird, daß Deutschland nach dem augenblicklichen Stand seiner Wirtschaftslage nicht zahlen kann. Der Hinweis, daß bei einer Veränderung der Lage eine erneute Prüfung durch die Gläubiger stattfinden muß, stellt eine eindeutige Erklärung dar, daß eine Wiederaufnahme der Reparationszahlungen für unberechtigt gehalten wird.
In diesen in dem Gutachten und in dem Begleitbericht selbst enthaltenen, für die Verfestigung des deutschen Standpunktes sehr wesentlichen Argumenten kommt nunmehr die Tatsache, daß Frankreich nicht mehr wie bisher die Verschiebung der Lausanner Konferenz mit dem Hinweis auf die noch nicht abgeschlossenen Stillhalterverhandlungen begründen kann.

Weitere Senkung des Fäbierpreises für echte Biere.

Berlin, 23. Januar.
Der Fäbiergroßhandel hat beschlossen, ab 1. Februar 1932 über die von den Branereien vorzunehmende Preisentung hinaus seine jeweils örtlich festgesetzten allgemeinen am 8. Dezember 1931 geltenden Zirkularpreise für eingeführte inländische (sogenannte echte) Biere weiter um eine Reichsmark je Hektoliter zu senken.

Am Donnerstag Entscheidung über den Berliner Brotpreis.

Berlin, 25. Januar.
Nach Mitteilungen aus den Kreisen des Berliner Bäckergewerbes haben die für heute in Aussicht genommenen erneuten Verhandlungen zwischen dem Preiskommissar und dem Zweverband der Berliner Bäckermeister nicht stattgefunden weil Dr. Goebel und sein Stellvertreter Oberbürgermeister Dr. Schröder zur Erfüllung ihrer kommunalen Tätigkeit heute in Leipzig bzw. Schneidemühl sind. Die Verhandlungen werden am Donnerstag stattfinden, und an diesem Tage wollen die Bäcker auch ihre Entscheidung über eine etwaige Erhöhung des Brotpreises treffen.

Konferenz der Kultusminister zur Entpolitisierung der Schulen.

Berlin, 25. Januar.
Die Wolfs Büro vom Reichsinnenministerium erfährt, hat Reichsinnenminister Groener, nachdem er bereits vor einiger Zeit mit den Innenministern der Länder Fassung genommen hatte, die Kultusminister der Länder zum nächsten Sonntag zu einer Konferenz in das Reichsinnenministerium eingeladen. Es sollen die Frage der Entpolitisierung der Schulen und die damit im Zusammenhang stehenden Probleme erörtert werden.

Die Bayerische Staatszeitung zu der Auseinandersetzung Brüning-Hilfer.

München, 25. Januar.
An die Veröffentlichung des Antwortschreibens Brüning an Hilfer und die Polemik des nationalsozialistischen Parteiführers in seiner Rede am letzten Sonnabend knüpft die Bayerische Staats-

R